



IMPRESSIONEN VON DER TARIFRUNDE

# Spaß haben, aber ernst meinen!

„Ich will ausdrücklich betonen, dass wir nicht frustriert sind. Uns haben die Vorbereitungen für die Aktionen viel Spaß gemacht. Wir sind ein gutes Team, unterstützt durch die fleißigen Bienen der Geschäftsstelle, insbesondere Denise und Markus. Die Aktionen in Mainz und Saarbrücken waren gut organisiert; die Atmosphäre und Stimmung toll. Wir haben gezeigt, dass die GdP eine große Gemeinschaft ist und sind von den anderen Gewerkschaften überall gelobt worden.“

Das sagt Margarethe Relet im Interview auf Seite 2/3 dieses Landesjournals. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Doch weil diese Tarifrunde ein schönes Beispiel dafür war, wie man Spaß haben kann, in der Sache aber toderntst dagegenhält, druckt die Landesredaktion auch hier einige Impressionen von den Warnstreikaktionen ab.



# „Möglichkeiten ausgereizt“

Landesredakteur Bernd Becker unterhielt sich Anfang April – nachdem das Tarifergebnis feststand – mit Margarethe Relet und René Klemmer über ihre Erfahrungen in der Tarifaufeinandersetzung 2015. Herausgekommen ist dieses Interview:

**DP:** Ihr zwei, es ist vollbracht, die Tarifverhandlungen sind beendet. Seid ihr mit dem Ergebnis zufrieden?

**René:** Ja, wir sind zufrieden. Aufgrund der schwierigen Ausgangslage in diesem Jahr war uns klar, dass das nicht einfach wird. Es gab schon lange keine vier Verhandlungsrunden mehr, und auch an diesem Wochenende mussten wir mit allem rechnen. Von daher waren wir erleichtert, dass es eine Einigung gab und keinen Erzwingungsstreik. Nach der Aussage des Verhandlungsführers, wegen der niedrigen Inflationsrate sei gar keine Entgelterhöhung nötig, ist auch die lineare Erhöhung in einem Gesamtvolumen von durchschnittlich 4,61% akzeptabel. Insbesondere der Mindestbetrag von 75 € ab 1. 3. 2016 führt in den unteren und mittleren Entgeltgruppen zu Erhöhun-



Relet, Klemmer, Becker (von rechts)

Foto: Gabler

gen, die deutlich über 2,3% liegen. Auch die Entgelterhöhungen für die Auszubildenden sind angemessen, obwohl wir insgesamt den Abschluss von Bund und Kommunen in 2014 nicht erzielen konnten.

**Margarethe:** Bei mir lag der Schwerpunkt auf dem Erhalt der Leistungszusage bei der Altersversorgung (VBL). Die vonseiten der Arbeitgeber geplanten Verschlechterungen haben uns wirklich verärgert. Wenn man den Beschäftigten bei der Rente in die Tasche greifen will, verstehen wir wirklich keinen Spaß. Die Forderung der Arbeitgeberseite hätte bis zu 70 € weniger im Monat bei der späteren Rente ausgemacht. Aus diesem Grunde ist es ein toller Erfolg, dass es keine Leistungskürzungen gibt. Die moderaten Umlageerhöhungen für die Beschäftigten und für die Arbeitgeber waren allerdings nötig, um das System auch auf Dauer zu sichern. Dafür haben wir eine Garantiezusage, dass der Tarifvertrag über die Altersversorgung (ATV) bis 31.12.2024 nicht gekündigt wird. Mir persönlich war es wichtig, auch den Kolleginnen und Kollegen im mittleren Alter und den Jüngeren eine attraktive Altersversorgung zu erhalten.

**René:** Wichtig ist auch die Verlängerung des § 19 TVA-L BBiG bis zum 31.12.2016, der die Übernahme von Auszubildenden festlegt. Wir bilden jährlich bis zu 20 junge Menschen aus und haben mit der Verlängerung dieser Regelung eine bessere Möglichkeit, sie auch zu übernehmen.

**DP:** Es gibt aber auch unzufriedene Stimmen und Kritiker, die eine Drei vor dem Komma wollten. Was sagt ihr denen?

**René:** Erst frage ich mal zurück, ob sie gewerkschaftlich organisiert sind und für ihre Forderungen an den Streik- und Demoaktionen teilgenommen haben? Wenn nicht, sehe ich mich nicht veranlasst, eine Erklärung abzugeben. Trittbrettfahrer blitzen bei mir ab. Wenn ja, kann ich nur mein Eingangsstatement wiederholen: Bei der kritischen Ausgangslage von 0,0% Angebot in der 3. Runde auf 2,1% und 2,3% in der 4. Runde hat sich etwas bewegt. Unter anderem auch deshalb, weil bei zwei Streikwellen bundesweit fast 200 000 Gewerkschaftsmitglieder auf der Straße waren. Die Haushalte der Länder vollstrecken alle die Schuldenbremse. Ich bin überzeugt, dass wir die Möglichkeiten ausgereizt haben.

**DP:** Wie hat es mit der Streikbereitschaft und der Beteiligung an den Demonstrationen in Rheinland-Pfalz ausgesehen?

**René:** Die von den Arbeitgebern angekündigten Einschnitte in der VBL hatten bei den Kolleginnen und Kollegen einen wunden Punkt getroffen. Das hat sich bei den Warnstreikaktionen gezeigt. Wir konnten etliche Mitglieder, aber auch Nichtorganisierte, dazu bewegen, mit auf die Straße zu gehen. All denen sagen wir hier noch einmal ein herzliches Dankeschön. Aber angesichts dessen, was die Arbeitgeber mit uns vorhatten, hätten es mehr Kolleginnen und Kollegen sein



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

**Geschäftsstelle:**

Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (0 61 31) 96 00 90  
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99  
Internet: [www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de)  
E-Mail: [gdp.rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp.rheinland-pfalz@gdp-online.de)

**Redaktion:**

Bernd Becker (v.i.S.d.P.)  
Gewerkschaft der Polizei  
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15  
55129 Mainz  
Telefon (0 61 31) 96 00 90  
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99  
E-Mail: [bernd.becker@gdp-rp.de](mailto:bernd.becker@gdp-rp.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37  
vom 1. Januar 2015  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



## TARIFKOMMISSION IM INTERVIEW

müssen, die für ihre Rechte aktiv werden. Sicher waren die Aktionen für viele mit einer weiteren Anreise verbunden, aber es war alles organisiert wie Transport und Verpflegung, es hieß nur „einsteigen“. Die „Ausreden“ haben mich manchmal ratlos gestimmt. Vor allem war es schwierig, junge Menschen für die Aktionen zu gewinnen. Ich glaube, manchen Tarifbeschäftigten war die Tragweite der geplanten Einschnitte nicht bewusst, trotz aller Informationen.

Ich stelle mir aber auch die Frage, ob die Kolleginnen und Kollegen vielleicht zu träge sind? Wenn nur ein kleiner Teil der Organisierten für seine Rechte einsteht, heißt das vielleicht so viel wie: Ich bin zufrieden mit dem was ich habe.

**Margarethe:** Ich kann Renés Enttäuschung verstehen. Wir haben uns in dieser Runde viel Mühe und Arbeit gemacht, unsere Mitglieder zu mobilisieren, weil es um sehr viel ging. Ein Erzwingungsstreik wäre zur Nagelprobe für unsere Mobilisierungsfähigkeit geworden. Das wissen die Arbeitgeber genau und zocken bis zur Schmerzgrenze.

Da müssen wir definitiv besser werden und mehr Potenzial auf die Straße bringen. Das gilt auch für die Beamtinnen und Beamten, die sich ja teilweise solidarisch zeigten. Denn letztendlich ist unser Ergebnis auch ihr Ergebnis.

**DP: Das hört sich nach Resignation an?**

**Margarethe:** Keineswegs. Wo denkst Du hin? Ich will ausdrücklich betonen, dass wir nicht frustriert sind. Uns haben die Vorbereitungen für die Aktionen viel Spaß gemacht. Wir sind ein gutes Team, unterstützt durch die fleißigen Bienen der Geschäftsstelle, insbesondere Denise und Markus. Die Aktionen in Mainz und Saarbrücken waren gut organisiert; die Atmosphäre

und Stimmung toll. Wir haben gezeigt, dass die GdP eine große Gemeinschaft ist und sind von den anderen Gewerkschaften überall gelobt worden. Tarifbeschäftigte, Beamtinnen und Beamte. Wir sind eine große Organisation und wir wünschen uns, dass wir das bei nächster Gelegenheit noch deutlicher zeigen.

**DP: Vielen Dank für das Interview und vor allem für Eure super Arbeit an der „Tariffront“.**

## ÜBERNAHME FÜR DIE BEAMTENBESOLDUNG

### Kommentar:

**„Dass Ihr das Tarifergebnis 1:1 für Beamte erhaltet, ist ja jetzt wohl wieder selbstverständlich und keiner Erwähnung wert“**, meinte ein befreundeter Landtagsabgeordneter.

**Recht hat er**, weil die wirkungsgleiche Übernahme eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Die Älteren erinnern sich an die Zeit, als nicht nur die Übernahme für Beamte selbstverständlich war, sondern die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst wegweisend für die gesamte Wirtschaft waren. Da hatte sich meist ein Bundeswirtschaftsminister Gedanken darüber gemacht, welche Einkommens-

verbesserungen denn für den Konjunkturverlauf und zur Verhinderung von Deflation günstig wären. Lang ist es her.

**Unrecht hat er**, weil das lange her ist und seither viel wirtschaftsliberales Wasser den Rhein runtergeflossen ist und viel volkswirtschaftliche Vernunft mit sich gerissen hat. Plötzlich konnten Staaten pleite gehen, sind von der Meinung obskurer Ratingagenturen abhängig.

**So gesehen ist die 1:1-Übernahme als Zeichen der Vernunft der Erwähnung wert, verbunden mit der Hoffnung, dass es in Zukunft dabei bleibt.**

**Bernd Becker, Landesredakteur**

## GdP-EINSATZBETREUUNG IM MAINZER VERKEHRSSCHAOS

# Nervennahrung von der JUNGEN GRUPPE



**Nicht mehr ganz so jung, ließ es sich aber nicht nehmen, dabei zu sein: Ingo Schütte, Bezirksgruppenchef in Mainz, bedankt sich mit der JUNGEN GRUPPE bei den jungen Kolleginnen und Kollegen für den Superjob im Dienste der Flüssigkeit des Verkehrs.**

**Das im Rahmen der Schiersteiner Brückensperrung aufgetretene Verkehrschaos kann, insbesondere zu Stoßzeiten, nur mittels aktiver Regelung durch Polizeikräfte etwas entspannt werden. Die auf der Straße eingesetzten Kollegen/-innen stehen dort, bei Wind und Wetter, bis sich die Lage wieder beruhigt. Das kann teilweise bis zu fünf Stunden anhalten.**

Als Nervennahrung für den anstrengenden Job bei der Verkehrsregelung in der Rheinallee und insbesondere an der Theodor-Heuss-Brücke erhielten die Kolleginnen und Kollegen von der JUNGEN GRUPPE (GdP) Mainz, in Zusammenarbeit mit der KG PP/PD Mainz, vegane, glutenfreie und ernährungstechnisch wertvolle Müsliriegel (Chimpanzee).

Felix Hens: **„Wir wollten den Kolleginnen und Kollegen zeigen, dass viele bemerken, dass sie einen außerordentlich guten Job machen und Großes für das Image der Polizei leisten.“**



GdP-ANTRITTSBESUCH IM PP MAINZ

# Hamm ist angekommen



V. r. n. l.: Ernst Scharbach, Reiner Hamm, Margarethe Relet, Markus Stöhr, René Klemmer

Foto: Becker

**Noch keine 100 Tage im Amt und die GdP steht auf der Matte. Reiner Hamm, neuer Chef des Polizeipräsidiums in Mainz, war hocherfreut über den Besuch einer GdP-Delegation.**

Spezialeinheiten, Dauerdienst, EU-konformer WSD, Zentralisierung des Notrufs und neues Einsatzleitsystem, Personalausstattung, Beförderungsprobleme und, und, und. Kaum ein aktuelles Thema blieb bei dem vertrauensvol-

len Gespräch ausgespart und beide Seiten trugen in Offenheit ihre zuweilen unterschiedliche Auffassung vor.

Betroffen zeigte sich Hamm angesichts der zunehmenden Gewalt gegen Kolleginnen und Kollegen, was er zum Schwerpunkt der PKS-Präsentation gegenüber der Presse machen will.

Die GdP traf auf einen aufgeräumten Behördenleiter, der wirkt, als sei er wieder „zu Hause angekommen“. Wir wünschen alles Gute.

GdP-ANTRITTSBESUCH AN DER HdP/LPS

# Durben erläutert Ziele



V. r. n. l.: Friedel Durben, Ernst Scharbach, Helmut Knerr, Roland Grenner, Markus Stöhr, Dr. Axel Henrichs

**Die Entwicklung und der weitere Ausbau der Hochschule der Polizei in Aus- und Fortbildung in den nächsten Jahren bei gleichbleibend hohen Einstellungszahlen im Bachelorstudien-gang war das zentrale Thema beim Besuch der GdP auf dem Hahn.**

Schulleiter **Friedel Durben** und sein Stellvertreter **Dr. Axel Henrichs** erläuterten den Vertretern des Landesvorstandes ihre Vorstellungen über den bevorstehenden Entwicklungsprozess. Dabei

zeigten sich weitgehende Übereinstimmungen bei den konkreten Planungen der Einrichtungsleitung und den seit Jahren von der GdP verfolgten Zielen hinsichtlich der personellen und räumlichen Ausstattung einer modernen Hochschule der Polizei.

Die Kompensation von Abgängen im Dozentenbereich bei gleichzeitig ansteigenden Studierendenzahlen wurde als gemeinsames Problem erkannt. Ebenso das Raumproblem, sowohl im Hinblick auf das Wohnraumangebot für Studierende und die Unterbringung von Fort-

KURZ & KNACKIG

■ **Liegenschaftssicherung der Bereitschaftspolizei wieder komplett vergeben**

Eine weitere GdP-Forderung vom runden Tisch Polizei ist erfüllt: Der Präsenzdienst von Polizistinnen und Polizisten zur Sicherung der BePo-Liegenschaften ist beendet. Die Aufgabe wird wieder komplett durch eine private Sicherheitsfirma wahrgenommen.

BePo-GdP-Chef **Achim Recktenwald** freut sich: „Das Geld für den privaten Sicherheitsdienst ist gut angelegt. Die Freisetzung der Kolleginnen und Kollegen wirkt sich sowohl im Einsatzbereich als auch bei der Unterstützung des Einzeldienstes positiv aus.“

■ **Beschäftigungsquote für Menschen mit Behinderung**

Im Geschäftsbereich des ISIM wird mit 6,15% die gesetzliche Quote von 5% erfüllt. Der Polizeibereich liegt mit 4,9% darunter, einzelne Behörden und Einrichtungen noch deutlich darunter.

Die GdP sieht erheblich mehr Möglichkeiten, Menschen mit Behinderungen einzustellen, was bereits für die Einstellung von Auszubildenden gilt.

GdP-Vize **Heinz Werner Gabler**: „Wer in Zukunft Strafzahlungen vermeiden will, muss jetzt handeln.“

bildungsteilnehmern, als auch in Bezug auf die hinreichende Versorgung mit Hörsälen.

Die GdP fordert eine kontinuierliche Verbesserung des Wohnungsangebots für alle Anwärterinnen und Anwärter, die Einstufung der älteren BA-Studiengänge als Landeseinsatzreserve und die Einführung der Freien Heilfürsorge von Beginn der Ausbildung an.

Weitere Themen waren u. a. Aufbau und Anbindung eines Instituts für Gesundheit der Polizei, die finanzielle Ausstattung der HdP/LPS und damit einhergehend ein höherer Personalansatz im Tarifbereich zur Bewältigung der enormen administrativen Aufgaben, die bis zum Jahr 2018 noch eine deutliche Steigerung erfahren werden.

**Ernst Scharbach bedankte sich für den vertrauensvollen Austausch und wünschte Friedel Durben im neuen Amt alles Gute.**



# Belastung und Erfordernisse in Einklang bringen

Im PP Rheinland gibt es Anzeichen dafür, dass junge Kolleginnen in signifikanter Anzahl gesundheitliche Einschränkungen entwickelt haben.

Verena Horn, Vorsitzende der Frauengruppe in der GdP Rheinland-Pfalz, führte ein Gespräch mit PP Jürgen Schmitt, dem designierten Inspekteur der Polizei. Herausgekommen ist dieses Interview: **DP: Wie sind Sie auf die hohe Zahl eingeschränkt dienstfähiger junger Frauen aufmerksam geworden?**



Jürgen Schmitt (JS): Wir stehen kurz vor dem Abschluss einer Dienstvereinbarung, die sich gezielt mit der Verwendung von eingeschränkt dienstfähigen Beamtinnen und Beamten beschäftigt, da uns die Zahl von über 200 eingeschränkt Dienstfähigen besonders verpflichtet. Aktuell sind in unserem Präsidium 13 Frauen zwischen 30 und 40 Jahren nur noch eingeschränkt dienstfähig – angesichts des noch immer geringen Frauenanteils in dieser Altersgruppe eine recht hohe Zahl.

**DP: Was könnten aus Ihrer Sicht mögliche Ursachen sein?**

JS: Die Doppelbelastung von Frauen durch die vielfältigen Aufgaben in ihrer Familie, wie Kinderbetreuung, Angehörigenpflege pp. und der gleichzeitige Einsatz im Wechselschichtdienst können sich auf das Erkrankungsrisiko auswirken. Gesundheitliche Risiken können insbesondere bei Frauen auftreten, die mit voller Stundenzahl im Wechselschichtdienst arbeiten, Arbeitsverdichtung, Zusatzdienste durch Sondereinsätze, aber auch die sich mehrende Respektlosigkeit gegenüber der Polizei bis hin zu körperlichen Attacken verstärken diese Problematik. Um diese Erklärungsansätze nicht zu generalisieren, haben wir die Notwendigkeit erkannt, eine Expertise zum Thema „eingeschränkt dienstfähige Frauen“ erstellen zu lassen.

**DP: Wie kann der Dienstherr Abhilfe schaffen?**

JS: Wir versuchen in allen Fällen, die Kolleginnen und Kollegen so einzusetzen, dass sie im Sinne ihrer Einschränkungen verwendet werden, z. B. nur noch halbe Nachtdienste verrichten. Hier haben wir es aber mit einem speziellen Problem zu tun: Während sich die Menge der eingeschränkt dienstfähigen Beamten im Alterssegment „50 +“ befindet, beschäftigen uns die jungen Frauen

im Segment „30 – 40“. In diese Altersgruppe gehören exakt 200 Männer, davon sind drei eingeschränkt dienstfähig und 24 Frauen, hiervon wie berichtet 13 mit eingeschränkter Dienstfähigkeit. Dieser Befund hat uns veranlasst, mit der HdP Kontakt aufzunehmen, um uns in Form einer Expertise beraten zu lassen. Wo liegen die Ursachen, welche Maßnahmen sind kurz-, mittel- und langfristig erforderlich?

**DP: Welche Unterstützung können Vorgesetzte dabei geben, spielt das Verhalten unter Kolleginnen und Kollegen eine Rolle?**

JS: Wir haben das Thema im PP publik gemacht, darüber mit der Gleichstellungsbeauftragten und in vielen Führungsveranstaltungen gesprochen.

Unser Ziel ist, die Ursachen exakt zu ergründen. Daneben versuchen wir, mit einem flexiblen Personaleinsatz und natürlich auch mit den Mitteln des Behördlichen Gesundheitsmanagements zu unterstützen. Die Polizei ist einer der flexibelsten Arbeitgeber, auch deshalb, weil unsere Dienstzeit „rund um die Uhr“ läuft. Es muss uns ein Anliegen sein, Erziehungszeiten aber auch Pflegezeiten bei Angehörigen mit den dienstlichen Erfordernissen in Einklang zu bringen. Wir brauchen in unserer Polizei eine „Kultur der Gleichstellung“. Darunter verstehe ich, dass die besonderen Anforderungen von Kinder- und Angehörigenbetreuung und Pflege von allen akzeptiert werden. Und dazu gehört auch die Betreuung von Kindern während der Dienstzeit. Und letztlich gehört zu dieser „Kultur der Gleichstellung“ viel Dialog, Verständnis und Fortbildung.

**DP: Könnte das Phänomen landesweit ein Thema sein?**

JS: Zunächst einmal wurde das Phänomen im PP Rheinland festgestellt. Jetzt ist erst einmal wichtig, die Expertise der HdP abzuwarten, um gegebenenfalls Ergebnisunterschiede festzu-

stellen und auszuwerten. Angesichts der gesellschaftlichen und dienstlichen Veränderungen und der immer wieder neuen Anforderungen an den Einzelnen ist jedoch eine landesweite Zunahme von Frauen mit gesundheitlichen Problemen nicht unwahrscheinlich.

**DP: Herr Schmitt, ein „Freitextfeld zum Schluss: Was möchten Sie unseren Leserinnen und Lesern zum Thema Gleichstellung und „Frauen in der Polizei“ mit auf den Weg geben?**

JS: Gleichberechtigung ist mehr als nur Frauenförderung. Gleichstellungsaspekte müssen in möglichst vielen Feldern der Organisations- und Personalentwicklung fest implementiert werden, um eine kumulierende Wirkung entfalten zu können. Ich will mich hier auf zwei wichtige Aspekte beschränken.

**Erstens:** Der Anteil von Frauen in Führungsfunktionen liegt derzeit zum Teil deutlich unter dem Frauenanteil in der Polizei gesamt. Es muss uns gelingen, möglichst früh Frauen in die erste Führungsfunktion zu verbringen, sprich als stellvertretende Dienstgruppenleiterin, als stellvertretende K-Leiterin oder stellvertretende Referatsleiterin. Nur dann haben wir auch die Chance, die derzeit noch deutliche Unterrepräsentanz im Bereich der Inspektionsleiter oder in vergleichbaren Funktionen in naher Zukunft anzugleichen.

**Zweitens:** Dies wollen wir ohne eine vorgegebene Quote erreichen, wir setzen vielmehr auf Transparenz, Dialog und Überzeugung. Dazu gehört weiterhin, dass diese Belange etwa auch in Mitarbeitergesprächen, Beurteilungsverfahren und nicht zuletzt im Beförderungungsverfahren berücksichtigt werden: ein „aus den Augen, aus dem Sinn“ darf es nicht geben. Dies war auch das Ergebnis unserer Workshops der Gleichstellungsbeauftragten mit den Frauen unserer Behörde. Das Thema Gleichstellung muss einen festen Platz in unserem Besprechungswesen einnehmen und eben nicht nur im jährlichen Beförderungswesen wie ein Phönix aus der Asche auftauchen. Dazu gehören auch die entsprechenden Fortbildungsmaßnahmen für Führungskräfte, dazu gehört nicht zuletzt die Kenntnis aller Kolleginnen und Kollegen über die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungsfunktionen in der eigenen Behörde oder Einrichtung.

**DP: Herzlichen Dank für das Gespräch.**



# Mobile Endgeräte werden ein Thema

**In der April-Sitzung wurden – neben neun Personalmaßnahmen und drei Einigungsverfahren in personellen Angelegenheiten – diese Themen behandelt:**



## MDM, MoPed und PoMMes

Franz Mersch von der Zentralstelle für Polizeitechnik (ZPT) stellte – gemeinsam mit Projektmanagerin Schweickardt und Dr. Kempfert – dem

Gremium den Sachstand zum Thema „Mobile Endgeräte“ vor. Es sei angesichts der Innovationszyklen sehr schwierig, geeignete Geräte, geeignete Betriebssysteme und damit sichere Kommunikationswege zu finden. „Android“ ist dabei ausgeschieden, weil die Änderungszyklen nicht beherrschbar seien. Das unter der Überschrift „Bring your own Device“ bekannt gewordene Konzept zur Nutzung privater Geräte wird NICHT weiter verfolgt.

Das Digitalfunknetz bedarf noch erheblicher Ertüchtigung, um weitere Funktionen – beispielsweise die Bildübertragung – abdecken zu können.

Das Thema Car-PC wird in RP derzeit wegen mangelnder Leistungsfähigkeit der Netze nicht weiter verfolgt.

Vor diesem Hintergrund ist der Mobilfunk als Brückentechnologie zu sehen. Unter der Überschrift „MoPed“ ar-

beitet die ZPT am Thema „Mobile Device Management – MDM“ und an der Entwicklung einer Polizei-Messenger-Anwendung (PoMMes); eine Onlineversion für das Programm der Zentralen Bußgeldstelle ist ebenfalls in Entwicklung.

## Diensthundewesen

Der Anpassung der DHF-Prüfungsordnung und der Nutzung von Laserpointern als Einsatzmittel im Zusammenhang mit der Sprengstoffsuche hat der HPRP zugestimmt.

Zur vorgesehenen Zentralisierung der Personenspürhunde bei der Bereitschaftspolizei sieht der HPRP Erörterungsbedarf.

## Funktionsbeschreibung IT-Sicherheitsbeauftragter der ZPT

Der Aufnahme einer neuen Funktionsbeschreibung in die Funktionsbeschreibungen des Landes wurde zugestimmt. Dabei wird der HPRP darauf achten, dass auch für Tarifbeschäftigte Möglichkeiten eröffnet werden.

## Vermögensabschöpfung

Beim Thema Vermögensabschöpfung sieht der HPRP Erörterungsbedarf zu dem vorgelegten Landeskonzzept. Nach Auffassung des HPRP sollte den Präsidien die Option erhalten bleiben – zusätzlich zu den Sachgebieten bei der KD – dezentral in den Kriminalinspektionen „Vermögensabschöpfer“ darzustellen.

## Dienstvereinbarung IPEMA

Der HPRP hat einer Rahmen-Dienstvereinbarung zur Einführung des neuen Personalverwaltungsprogramms IPEMA (Integriertes Personalmanagementsystem) zugestimmt.

Über die genauen Rollen und Berechtigungskonzepte müssen jetzt in den BuE gesonderte Dienstvereinbarungen abgeschlossen werden.

**Margarethe Relet,  
Ernst Scharbach**

## JUNGE GRUPPE (GdP) BEIM MINISTER

# „Hochschultour“ an die HdP



**Maria Leurs, Jugendbildungsreferentin des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland, und Michael Flis, Landesvorsitzender JUNGE GRUPPE (GdP), hatten im Gespräch mit Innenminister Roger Lewentz jetzt ausgiebig Gelegenheit, ihr Konzept für eine auf die Hochschulen für Öffentliche Verwaltung, Finanzen und Polizei zugeschnittene „Berufsschultour“ zu erläutern.**

Ziel ist ein „Projekttag für Demokratie und Mitbestimmung“, der auf die Bedürfnisse der angehenden Beamtinnen und Beamten ange-

passt ist und die Lerninhalte sinnvoll ergänzt.

## Start im Sommer 2015

Am Ende des einstündigen Treffens, an dem auch Polizeiabteilungsleiter Joachim Laux und GdP-Vorsitzender Ernst Scharbach teilnahmen, stand für alle Beteiligten fest, dass dieses Projekt so durchgeführt werden kann und im Sommer 2015 startet. „Wir freuen uns, den Studierenden und Auszubildenden den Projekttag anbieten zu können und hoffen auf rege Teilnahme!“





# Beihilferecht Rheinland-Pfalz von A bis Z



von

**Andreas Schnitzler**

Referent für Beihilferecht im  
Ministerium der Finanzen  
Rheinland-Pfalz



Herausgegeben vom

**PSW**

Rheinland-Pfalz GmbH

**Nur 10,--- € für GdP-Mitglieder**  
[psw-rp@gdp.de](mailto:psw-rp@gdp.de)  
[www.psw-rp.de](http://www.psw-rp.de)



# Förderlichkeit der Frauenförderung ist erkannt



V. l. n. r.: Barbara Huwer, Verena Horn, Margarethe Relet, Jürgen Süs, Steffen Rittig, Steffi Loth

**Vertreterinnen der Landesfrauen-  
gruppe wurden von den Kollegen  
Jürgen Süs und Steffen Rittig aus dem  
Personalreferat der Polizeiabteilung  
des ISIM zu einem Informationsaus-  
tausch eingeladen.**

Bei dem Gespräch über Möglichkeiten der Frauenförderung standen Themen wie Mentoring, Fortführung des Audit und die Überarbeitung der Dienstvereinbarung zur Telearbeit im Vordergrund. Jürgen Süs berichtete über Fortschritte des Mentoringprogramms der Landesverwaltung, an dem in diesem Jahr drei Kolleginnen des

LKA teilnehmen. Die Frauenförderung soll wichtiger Bestandteil des Projekts Personalplanung und Personalentwicklung werden. Eine eigens eingerichtete Arbeitsgruppe soll zeitnah zu Ergebnissen kommen, welche anschließend mit konkreten Zielen umgesetzt werden sollen. Es geht dabei beispielsweise um die Steigerung der Anzahl weiblicher Führungskräfte (Tarifbeschäftigte und Beamte), um das Thema Führen in Teilzeit und um Beurteilung von Teilzeit-

kraften sowie um ein eigenes Mentoring-Projekt der Polizei.

## Bringschuld des ISIM angemahnt

Leider waren weder zur möglichen Dienstvereinbarung Vereinbarkeit Beruf und Familie noch zur überarbeiteten Dienstvereinbarung Telearbeit Fortschritte zu vermelden. Eine Kopplung an die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) wurde für möglich erachtet. Bezüglich der DV Telearbeit sicherte Herr Süs zu, dass das Personalreferat zeitnah gesondert auf den HPRP zukommen wird. Die Vorsitzende der Frauengruppe, **Verena Horn**, resümiert: „Das war ein aufschlussreiches und produktives Gespräch. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppe und die anschließenden Maßnahmen. Jedenfalls ist festzuhalten, dass im ISIM die Förderlichkeit der Frauenförderung erkannt worden ist.“

## HAUPTSCHWERBEHINDERTENVERTRETUNG

### Uwe Kaßler ist Vorsitzender

Infolge der Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für Menschen mit Behinderung hat die Hauptschwerbehindertenvertretung auf Landesebene sich neu konstituiert. Uwe Kaßler aus der Polizeidirektion Mayen ist neuer Vorsitzender. Sein Vertreter ist Peter Löw von der Kriminaldirektion in Trier.

Die GdP wünscht **Uwe Kaßler, der auch im Landesvorstand für Gesundheitsbelange und Menschen mit Behinderung zuständig ist, alles Gute im neuen Amt.**



## WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

### 70 Jahre

**Theo Düpré,**  
KG PP Westpfalz  
(bereits im April)  
**Werner Hartmann,**  
KG BePo Mainz  
**Kurt Schöpflin und Werner Gilberg,**  
KG PP/PD Koblenz

### 65 Jahre

**Ernst Dorst,**  
KG BePo Enkenbach/Alsenborn  
**Franz Schmitz und  
Wilhelm Henning,**  
KG PD Wittlich  
**Helmut Ströder,**  
KG PP/PD Koblenz

### 65 Jahre

**Herman Dötsch,**  
KG PP/PD Koblenz

## ALLES GUTE IM RUHESTAND

**Thomas Martin,**  
KG PD Kaiserslautern

**Gerd Schäfer,**  
KG Rhein-Nahe

**Dirk Schindler und Bernd Dürrfeld,**  
KG PP/PD Mainz

**Wolfgang Hertinger und  
Gabriele Schäfer**  
KG LKA

**Rosa-Maria Eichel,**  
KG PD Mayen

## WIR TRAUERN UM

**Rolf Dettmann,**  
69 Jahre,  
KG Westerwald/Rhein-Lahn

**Harald Geiß,**  
62 Jahre,  
KG PD Trier

**Dieter Schmitz,**  
74 Jahre,  
KG Neuwied/Altenkirchen

**Wir werden ihnen ein ehrendes  
Andenken bewahren.**

